



Stiftung
Asienhaus

Chinas internationale Rohstoffstrategie



Foto: Dmitriy Lakhtikov (CC BY-SA 3.0)

Partner oder Ausbeuter?

Chinas Rohstoffhunger macht schon lange nicht mehr vor der eigenen Haustür halt. Seit Beginn des neuen Jahrtausends sind chinesische Bergbauunternehmen in aller Welt unterwegs, um Rohstoffe für Chinas Industrie zu sichern. Insbesondere die Ausbeutung von Rohstoffen in Afrika, Lateinamerika oder Südasien sind für die betroffenen Regionen Segen und Fluch zugleich.

Beiblatt Nr. 2 zur Broschüre »Chinas Rohstoffhunger«, Stiftung Asienhaus 2015

Chinas Rohstoffhunger

Obwohl China über große Reserven verschiedenster Rohstoffe verfügt, bedingt die immer noch wachsende Wirtschaft Importe aus dem Ausland. China ist der größte Verbraucher von Kohle und der zweitgrößte Ölverbraucher nach den USA. Trotz großer Erdölreserven ist China seit den frühen 1990er Jahren Nettoimporteur und hat im Jahr 2013 die USA als weltweit größten Ölimporteur abgelöst. Im Jahr 2014 importierte China Brennstoffe im Wert von 316,8 Mrd. US-\$, die Exporte betrugen aber lediglich 24,4 Mrd. US-\$. Ähnliche Bilanzen ergaben sich für Mineralien (Importe: 141,1 Mrd. US-\$ Exporte: 4,2 Mrd. US-\$) sowie Metalle und Erze (Importe: 210,1 Mrd. US-\$ Exporte: 29,3 Mrd. US-\$).

Wie die unten stehende Grafik zeigt, bezieht die VR China heutzutage Rohstoffe aus aller Welt.

Neben den politischen Akteuren (siehe Stiftung Asienhaus Beiblatt No. 1 Chinas Rohstoffhunger) sind auch viele staatliche Unternehmen an der internationalen Rohstoffbeschaffung beteiligt. Chinas Rohstoffriesen wie Sinopec, CNPC oder Minmetals sind damit befasst, strategische Reserven und technisches Know-how für die VR China auf den Weltmärkten zu erschließen. Hierbei machen sie sogar vor der Übernahme internationaler Rohstofffirmen nicht Halt. So machte Chinas drittgrößter Mineralöl-

konzern China National Offshore Oil (CNOOC), im Jahr 2012 mit Übernahme der kanadischen Öl- und Gasgruppe Nexen für über 15 Mrd. US\$ Schlagzeilen. Für die Rohstoffbeschaffung aus Entwicklungsländern wendet China hingegen ein besonderes Modell an.

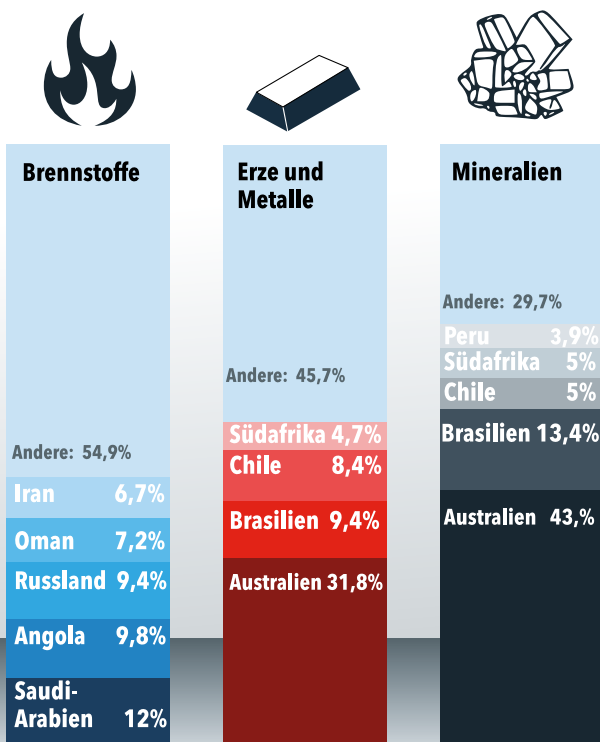
Entwicklungshilfe für Rohstoffe: Afrika, Südamerika, Südasien

Seit Beginn des neuen Jahrtausends wird chinesische Entwicklungshilfe als Vehikel für Rohstofflieferungen aus Entwicklungsländern genutzt. Hierbei bedient sich China eines spezifischen Finanzierungsmodells. Die chinesische Export-Import-Bank vergibt Kredite für konkrete Entwicklungsprojekte, welche von chinesischen Unternehmen mit eigenen Arbeitern vor Ort durchgeführt werden. Im Gegenzug werden China Abbaugenehmigungen und Rohstofflieferungen zugesichert.

Dieses Modell findet seit Längerem insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent Anwendung, der seit Beginn der Jahrtausendwende im Fokus des chinesischen Rohstoffhungers steht. So importierte China aus Subsahara-Afrika im Jahr 2014 Waren im Wert von 110,2 Mrd. US-\$, von denen 60,7% Rohstofflieferungen waren. Verschiedene afrikanische Länder sind für die VR China hierbei von besonderem Interesse. So liefert Angola fast 10% der chinesischen Ölimporte und ist somit nach Saudi-Arabien der wichtigste Öllieferant. Aus Südafrika importiert China einen Großteil seines Eisenerzes. Daneben liefern Sambia und die Demokratische Republik Kongo Kupfer und Kobalt. Sudan und Nigeria liefern ebenfalls Öl.

Als Gegenleistung für Rohstofflieferungen verleihen chinesische Unternehmen in Afrika tausende Kilometer Eisenbahngleise, bauen Straßen und Häfen, errichten Wasser- und Elektrizitätsnetze. Ebenso sind Kredite für Schulen, Krankenhäuser oder Katastrophenhilfe im Portfolio der neuen Form der Entwicklungshilfe enthalten.

Hauptlieferländer der VR China 2014



Quelle: World Bank: World Integrated Trade Solution 2016, Grafik: Tobias Voß

Auch in Lateinamerika gehen Rohstoffabbau und chinesische Entwicklungshilfe Hand in Hand. 2015 versprach Staatspräsident Xi Jinping, 250 Mrd. US-\$ in Lateinamerika zu investieren. Insbesondere Länder wie Venezuela, Peru, Chile oder Ecuador sollen beim Aufbau von Infrastruktur unterstützt werden. Im Gegenzug erhalten chinesische Bergbauunternehmen Abbaulizenzen. Ein herausragendes Beispiel ist Peru, welches den Großteil von Chinas Kupferimporten abdeckt. Aufsehen erregte hier die Übernahme einer der größten Kupfervorkommen der Welt durch ein Tochterunternehmen des chinesischen Staatskonzerns Minmetals im Jahr 2014.

Das gleiche Muster interessengesteuerter Entwicklungskooperation lässt sich seit einiger Zeit auch in der Region Süd- und Südostasien feststellen. Vor allem in Ländern, welche über eine Landesgrenze mit der VR China verfügen, wie Laos oder Myanmar, werden Investitionen getätigt. So wurden in beiden Ländern Kupferminen erworben oder vom chinesischen Staatskonzern CNPC eine 770 km lange Gaspipeline von Myanmar nach Yunnan in Südchina gebaut.



Folgen der Entwicklungshilfe

Die Folgen der auf Rohstofflieferungen basierten Entwicklungshilfe sind zwiespältig. Besonders rückständige Länder wie die Demokratische Republik Kongo, Sambia oder der Sudan profitieren eindeutig vom Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig erstrecken sich Entwicklungsprojekte auch auf soziale Bereiche, die nicht direkt mit Rohstoffinvestitionen zusammenhängen, wie beispielsweise die Bereitstellung von Schulen, Krankenhäusern oder Wohnraum. Andererseits führt die interessengeleitete Entwicklungspolitik zur Vernachlässigung rohstoffarmer Staaten. Ebenso sind Ziele der klassischen westlichen Entwicklungspolitik, wie gute Regierungsführung oder die Wahrung der Menschenrechte, sekundär.

Gleichzeitig werden chinesische Unternehmen für die rücksichtslose Ausbeutung von Arbeitskraft und Umwelt kritisiert. So sah sich die sambische Regierung im Jahr 2013 gezwungen, einen chinesischen Bergwerksbetreiber wegen Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltverstößen zu verklagen. Auch in Peru wurde chinesischen Unternehmen vorgeworfen, lokale Umweltvorschriften zu verletzen. In Myanmar führte die chinesische Übernahme der Kupfermine Letpadaung aufgrund von Enteignungen und Zwangsumsiedelungen zu gewaltsamen Konflikten mit der lokalen Bevölkerung.

Zwar gibt es auch Beispiele, in denen chinesische Unternehmen die Umwelt- und Sozialstandards der von ihnen akquirierten internationalen Unternehmen übernommen haben, wie im Fall der Übernahme der Sepon-Kupfermine in Laos durch Minmetals. Diese Ausnahmen bestätigen jedoch die Regel. Chinesische und internationale NGOs haben sogar darauf aufmerksam gemacht, dass die Weltbank ein Absenken der eigenen Umwelt- und Sozialstandards bei der Kreditvergabe damit begründet, Kunden nicht in die Arme chinesischer Kreditgeber treiben zu wollen.

Foto: Michael Branz (CC-BY-SA-2.0)

Fortgesetzter internationaler Dialog notwendig

Zur Verbesserung der Produktionsbedingungen in internationalen Bergbauprojekten der VR China ist ein internationaler Dialog unabdingbar. Dieser gestaltet sich zwar schwierig, ist aber nicht unmöglich.

So hat die Chinesische Handelskammer für den Export und Import von Metallen, Mineralien und Chemikalien (CCCMC) im Jahr 2014 zusammen mit der OECD, Global Witness und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) die Richtlinien für soziale Verantwortung der chinesischen Bergbauunternehmen bei internationalen Investitionen erarbeitet. Diese legen Umwelt- und Sozialstandards sowie den Schutz lokaler Gemeinschaften fest, allerdings nur auf freiwilliger Basis.

Ein weiteres Beispiel ist die Teilnahme chinesischer Unternehmen an der Transparenzinitiative EITI (Extractive Industries Transparency Initiative). Ziel von EITI ist die Herstellung finanzieller Transparenz durch die Offenlegung von Zahlungen von Rohstoff-

funternehmen an die Regierungen der Abbauländer. Hierzu werden Ausschüsse gebildet, in welchen Vertreter von Regierung, Förderunternehmen, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen vertreten sind. Mit CNMM in Myanmar, CNPC im Tschad und in der Mongolei, MMC in Afghanistan und der Zijin Mining Group in Tajikistan sind bereits einige chinesische Unternehmen Mitglieder von EITI-Ausschüssen. Weltweit sind insgesamt 130 Unternehmen in das Berichtswesen von EITI eingebunden.

Auf Dauer können Dialog und freiwillige Verpflichtungen allein internationale Standards jedoch nicht gewährleisten, weshalb eine effektive rechtsstaatliche Kontrolle auf internationaler und chinesischer Seite notwendig ist. Generell macht es die Vielzahl der am Rohstoffabbau in aller Welt beteiligten Akteure aber schwierig, eine umfassende Kontrolle vorzunehmen. Da die meisten chinesischen Unternehmen in der Regel eine große Nähe zu Staat und Partei haben, ist von einer Aufsicht seitens der chinesischen Regierung wenig zu erwarten. Internationale Aufsichtsgremien sowie internationales zivilgesellschaftliches Engagement ist hier nach wie vor unerlässlich.

Konfliktrohstoffe: China weiter als die EU?

Die moderne Elektroindustrie benötigt in großen Mengen Kupfer, Zinn, Gold, Tantal usw. Problematisch ist, dass ein Teil dieser weltweit gehandelten Metalle aus Konfliktgebieten wie dem Kongo stammt und der Abbau von Mineralien in diesen Gegenden der Finanzierung bewaffneter Gruppen dient.

Seit dem Jahr 2010 muss in den USA die Verwendung der sogenannten Konfliktrohstoffe offengelegt werden (Dodd-Frank-Act). Ebenso gibt es eine OECD-Leitlinie zur Sorgfaltspflicht in der Handelskette mineralischer Rohstoffe aus Konflikt- und Hochrisikogebieten, die ebenfalls eine umfangreiche Prüfung und Offenlegung vorschreibt.

Auch innerhalb der EU sollen neue Regeln zum Umgang mit Konfliktrohstoffen erlassen werden. Im Juni 2016 wurde eine Einigung über die Leitlinien einer zukünftigen Verordnung erzielt. Deut-

sche Umwelt- und Entwicklungsorganisationen kritisieren allerdings, dass die neue Verordnung nicht weit genug gehe. So werde etwa die Umsetzung der OECD-Standards nicht verbindlich vorgeschrieben.

Die von der VR China verabschiedeten Richtlinien für soziale Verantwortung der chinesischen Bergbauunternehmen bei internationalen Investitionen orientieren sich hingegen am OECD-Standard. Experten mahnen daher an, dass die EU mit ihrer neuen Verordnung hinter chinesische Standards zurückfallen könnte.

Siehe auch: Reckordt, Michael: China als Vorwand für nicht nachhaltige Rohstoffpolitik. In: »Chinas Rohstoffhunger« (Stiftung Asienhaus 2015, S. 37–42)

Territorialstreit im südchinesischen Meer

Anfang Mai 2014 ließ China eine Ölplattform ins Südchinesische Meer schleppen. Die vietnamesische Küstenwache entsandte daraufhin ihrerseits Boote, welche verhindern sollten, dass die Plattform in Position gebracht wurde. Als ihre Boote sich den chinesischen Hochseeschleppern näherten, wurden sie von diesen gezielt gerammt und mit Wasserkanonen beschossen. Einige vietnamesische Seeleute wurden verletzt und in Vietnam kam es zu anti-chinesischen Ausschreitungen.

Dieser Vorgang zeigt, dass Chinas internationale Rohstoffbeschaffung nicht immer auf der Basis gegenseitiger Kooperation erfolgen muss, sondern das Mittel des Zwangs auch eine Option ist. Dies gilt insbesondere für das Südchinesische Meer, das von der VR China zu großen Teilen als eigenes Territorium betrachtet wird. Konflikte mit anderen Anrainern wie Vietnam, die Philippinen, Malaysia oder Taiwan sind hier vorprogrammiert. Zur Untermauerung ihrer Ansprüche ist die chinesische Regierung mittlerweile dazu übergegangen, auf den weit verstreuten Spratly-Inseln Befestigungsanlagen zu bauen und sogar künstliche Inseln aufzuschütten, auf denen Landebahnen und Häfen errichtet werden.

Natürlich dreht sich der Territorialkonflikt im südchinesischen Meer in erster Linie um die geostrategische Kontrolle über den Westpazifik. Hier liefern sich derzeit die USA und die VR China ein heißes Wettrennen. Allerdings geht es auch um die Frage, wer die vermuteten umfangreichen Rohstoffreserven nutzen darf.

Dabei ist immer noch nicht sicher, wie groß die Vorkommen tatsächlich sind. Die amerikanische Energy Information

Agency schätzte im Jahr 2013, dass etwa 11 Milliarden Barrel Öl und 5,38 Billionen Kubikmeter Erdgas im Meeresboden schlummern. Das chinesische Staatsunternehmen CNPC ging Ende 2012 sogar von 125 Milliarden Barrel Öl und 14,16 Billionen Kubikmeter Erdgas aus.



Foto: United States Navy (Public Domain)

Neben dem bevorstehenden Tiefseebergbau ist das Südchinesische Meer inklusive der angrenzenden Schifffahrtsstraßen ein wichtiger Transportweg für Waren und Rohstoffe nach China und Asien. Täglich werden allein über die Straße von Malakka 10 Millionen Barrel Rohöl in die Raffinerien der asiatischen Industriestaaten gebracht. Insgesamt wird jährlich ein Drittel des weltweiten Rohöls und die Hälfte des weltweiten flüssigen Erdgases über das Südchinesische Meer verschifft.

Das strategische Interesse an der Region ist und bleibt daher groß. Der Streit ums Meer verfestigt sich derweil. Im Mai 2016 hoben die USA das Waffenembargo gegen Vietnam auf.

»Es ist entscheidend, dass chinesische Bergbauunternehmen, die aktiv in Übersee investieren, nicht nur Kapital investieren, sondern auch zur lokalen Entwicklung, zu gegenseitigem Nutzen und zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft beitragen.«

Bai Yunwen, Greenovation Hub

In: »Chinas Rohstoffhunger«
(Stiftung Asienhaus 2015, S. 33)



Weitere ausführliche Informationen zum Thema enthält unsere Broschüre: »Chinas Rohstoffhunger«



China matters – www.eu-china.net

Chinas Bedeutung für eine Politik der globalen Nachhaltigkeit wächst stetig. Die europäische Zivilgesellschaft und NGOs sind mitten im Prozess China-Expertise aufzubauen. Das möchten wir unterstützen. Unsere Broschüren wollen es MultiplikatorInnen der entwicklungs- und umweltpolitischen sowie der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ermöglichen, sich differenziert mit der Rolle Chinas für globale Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen.



Stiftung
Asienhaus

Impressum:

© Stiftung Asienhaus, Köln April 2016

Herausgeber: Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52

50672 Köln

Tel.: 0221/716121-0

Autor: Dr. Tobias Voß

Bestellung:

vertrieb@asienhaus.de

Redaktion und Korrektur:

Dr. Nora Sausmikat

V.i.S.d.P.: Dr. Nora Sausmikat

Gestaltung: Dr. Tobias Voß

Reinzeichnung und Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH <www.k-mw.de>

www.asienhaus.de

www.eu-china.net

www.eu-china-twinning.org

www.stimmen-aus-china.de

Mit freundlicher Unterstützung durch die
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen



**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**